

Der unterfertigte Bezirksrat stellt namens der Fraktion der Freiheitlichen Bezirksräte auf der am 13.12.2017 stattfindenden ordentlichen Sitzung der Bezirksvertretung von Wien Penzing gemäß § 23 der Geschäftsordnung folgende

• **Anfrage**

Betreffend Politik des Schuldenmachens

- Hat die Stadt Wien mittlerweile über 7 Milliarden € Schulden?
- Wenn im Aufgabenbereich von amtsführenden Stadträten schon durch Berichte des Rechnungshof und Medienberichte ein zumindest eklatant „sorgloser“ Umgang mit Steuergeld offengelegt wird: welche Konsequenzen sind aus Gründen des sorgsamsten Umgangs mit Steuermitteln zu ziehen?
- Welche Konsequenzen will man ziehen um die zu befürchtende Schuldenexplosion auf über 10 Milliarden (mit den ganzen „ausgelagerten“ Schulden) zu sanktionieren?
- **Dürfen die Bürger erfahren wie hoch sie durch die glorreiche Politik der Stadt Wien genau verschuldet sind oder steht das den einfachen Bürgern nicht zu?**

Begründung

Öffentliches Interesse.

Vergleicht man die Wiener Schuldenexplosion mit dem sorgsamsten Umgang Münchens mit Steuergeld so fragen sich die redlichen Steuer-, Gebühren- und Abgabenzahler schon lange und durchaus zu recht was erst passieren muss damit in Wien Konsequenzen gezogen werden.

BR Bernhard PATZER

18.11.2017